

FRAKTION ad hoc

Informationen der neuen
FREIE WÄHLER-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz

■ Ausgabe 2 / Juli 2021

SO ERREICHEN SIE UNS IN MAINZ

Die FREIE WÄHLER-Landtags-
fraktion Rheinland-Pfalz
Abgeordnetenhaus Mainz
Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 MAINZ

Telefon: 06131 | 208-3413

Mail: kontakt@fw-landtag-rlp.de

DAS TEAM DER GESCHÄFTSSTELLE

Klein, aber fein. So präsentiert
sich das Team der Geschäfts-
stelle. Es wird die tagesaktuelle
Arbeit der Landtagsfraktion vor-
bereiten, Arbeitskreissitzungen
koordinieren und Dienstleister
für die Landtagsabgeordneten
sein. In den kommenden Wochen
werden noch weitere Positionen
besetzt, um insbesondere die
Ausschussarbeit fachlich zu be-
gleiten. Die FREIE WÄHLER-
Landtagsfraktion setzt sich zu-
sammen aus:

Christian Altmaier

Fraktionsgeschäftsführer (FGF)

Victoria Wruock

Justitiarin, stellvertretende FGF

Jessica Klug

Assistentin PGF/FGF

Ralf Helfenstein

Pressesprecher

Dennis Bachmann

Referent Öffentlichkeitsarbeit

Yasmin Büchner

Assistentin FV/ Referentin

Nasser Ahmand Broujerdi

Fahrer Dr. Joachim Streit



■ DIE NEUE KRAFT IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

Der 18. Mai 2021: Ein historischer Tag für Rheinland-Pfalz und FREIE WÄHLER. Im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Landtag Rheinland-Pfalz in der Mainzer Rheingoldhalle entstand dieses Gruppenfoto. Im 18. Landtag ist nun auch die Landtagsfraktion FREIE WÄHLER mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Dr. Joachim Streit (Mitte) vertreten. In den kommenden fünf Jahren gilt es nun deutlich zu machen, wofür die FREIEN WÄHLER stehen: Eine bürgernahe Politik mit gesundem Menschenverstand.

■ Foto: Fraktion FREIE WÄHLER | Christian Altmaier

UNSER TEAM IM LANDTAG

FÜR EINE POLITIK MIT GESUNDEM MENSCHENVERSTAND IN RHEINLAND-PFALZ



Joachim Streit
Fraktionsvorsitzender (FV)

Ausschüsse:
| Haushalt und Finanzen
| Inneres, Sport und
Landesplanung



Stephan Wefelscheid
Parlamentarischer
Geschäftsführer (PGF)

Ausschüsse: Ältestenrat
| Wirtschaft und Verkehr
| Rechtsausschuss



Lisa-Marie Jeckel
stellv. Fraktionsvorsitzende

Ausschüsse: Familie, Jugend,
Integration und Verbraucher-
schutz | Digitalisierung,
digitale Infrastruktur und Medien
| Petitionsausschuss



Helge Schwab
stellv. Fraktionsvorsitzender

Ausschüsse:
Gesundheit
| Bildung
| Landwirtschaft
und Weinbau



Patrick Kunz
Fraktionsmitglied

Ausschüsse: Klima, Energie und
Mobilität | Arbeit, Soziales, Pflege
und Transformation | Gleichstellung
und Frauen | Europa und Eine Welt



Dr. Herbert Drumm
Fraktionsmitglied

Ausschüsse:
Wissenschaft
| Kultur
| Umwelt und Forsten

DIE FRAKTION IM INTERNET:

www.fw-landtag-rlp.de



www.facebook.com/fraktionfwrlp



instagram: @fw.landtag.rlp

AUS GUTEM GRUND: ANTRAG KLIMASCHUTZKOMMISSION

Klimaziele der Landesregierung sollen von „Scientists for Future“ und „FFF“ überprüft werden können

MAINZ ■ Bereits in der Aussprache zur Regierungserklärung erklärte der Fraktionsvorsitzende der FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion, Joachim Streit, dass die Klimaziele der Landesregierung eher „Etikettenschwindel“ seien. Der Klimaschutz gehe verloren, wenn Ziele nur für die Jahre 2030, 2035 oder 2040 formuliert würden.

„Hier muss mehr von der Koalition kommen. Hier müssen Jahresziele gesetzt werden, hier muss der Erfolg festgeschrieben, kontrolliert und dokumentiert werden,“ so Streit.

In diesem Zusammenhang forderte Streit erstmals eine unabhängige Klimaschutzkommission unter dem Motto: Klimaschutzkommission einrichten – Klimaziele prüfen – Klima schützen! Nun hat die Fraktion ihre Ankündigung umgesetzt und einen entsprechenden Antrag eingereicht. Die unabhängige Klimaschutzkommission soll die Überprüfung, die Kontrolle und die Feststellung des Grades der Erreichung der Klimafortschritte sicherstellen sowie dem Landtag jährlich berichten.

Der Klimaschutzpolitische Sprecher der FREIE WÄHLER-Fraktion, Patrick Kunz, bestätigt, dass das Umweltministerium zwar alle vier Jahre einen Klimaschutzbericht erstelle.

JOACHIM STREIT:

„Wir fordern eine unabhängige Klimaschutzkommission unter Beteiligung von Experten aus der Wissenschaft, wie den Scientists for Future, und ziviler Akteure wie Fridays for Future.“



Dieser beruhe laut Homepage des Ministeriums auf einem umfassenden Analyse-, Beteiligungs- und Abstimmungsprozess unter Beteiligung von Verbänden und NGOs sowie des Beirats für Klimaschutz. In diesem wird die Strategie zur Umsetzung der Klimaziele dargelegt. „Aber eine genaue Vorgehensweise wie das Konzept und die Überprüfung der bisherigen Zielerreichung zustande kommt, wird nicht genannt“, so Kunz. „Um eine unabhängige Überprüfung und Kontrolle des Grades der Erreichung der Klimafortschritte sicherzustellen, bedarf es daher einer unabhängigen Klimaschutzkommission.“

Patrick Kunz fordert weiter, dass die Kommissionsmitglieder „aus verschiedenen wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen, darunter auch NGOs“ stammen sollen. Dabei sollen, so die FREIE WÄHLER-Fraktion, auch Experten der Hochschulen/Universitäten aus den Bereichen Umwelt, Architektur, Physik, der Kammern sowie unter anderem Vertreter von Umwelt-Interessensverbänden wie „scientists4future“, BUND, NABU, „fridays for future“ einbezogen werden. „Nur so kann der Fortschritt hin zur Klimaneutralität wirklich unabhängig überprüft werden“, so der Fraktionsvorsitzende Joachim Streit.

Patrick Kunz:

„Um eine Überprüfung der Klimafortschritte sicherzustellen, bedarf es einer unabhängigen Klimaschutzkommission.“



BUNDESRATSINITIATIVE SOLL SELBSTÄNDIGEN HELFEN

FREIE WÄHLER: Landesregierung soll Entschädigungsgesetz in Berliner Länderkammer einbringen

MAINZ ■ Schon im Landtagswahlkampf haben FREIE WÄHLER darauf gedrängt, dass von Corona betroffenen Selbständigen geholfen werden muss. Jetzt fordern sie von der Landesregierung eine Bundesratsinitiative.

Denn Selbständige die ihre Betriebe aufgrund der Corona-Bekämpfungsverordnung schließen mussten, leisten ein unzumutbares Sonderopfer. Dieses müsse entschädigt werden. Fraktionsvorsitzender Joachim Streit hatte auch in einer Online-Petition

bereits Unterschriften für ein Entschädigungsgesetz gesammelt und für die ersten 100 Tage eine Gesetzesinitiative angekündigt.

Jetzt fordert die FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion in einem Antrag, dass der Landtag die Landesregierung dazu aufrufen soll:

1. sich im Bundesrat für eine einheitliche, bundesgesetzliche Entschädigungsregelung für von Corona betroffene Selbständige einzusetzen, die ihre Betriebe auf-

grund der Corona-Bekämpfungsverordnungen der Länder und der Bundesnotbremse schließen mussten oder mittelbar von Einschränkungen betroffen waren. Der zu entschädigende Schadensumfang umfasst das Integritätsinteresse am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb. Dazu gehören auch die pandemiebedingten Kosten, die durch die Lohnfortzahlung nach Entgeltfortzahlungsgesetz entstehen. Bereits geleistete Entschädigungen sind anzurechnen.



2. sich im Bundesrat im Hinblick auf künftige Pandemiegeschehen und damit einhergehender Einschränkungen und Belastungen für Selbständige für eine allgemeine Entschädigungsregelung im Pandemiefall einzusetzen. Diese soll sich sachlich an den Erfahrungen und Erkenntnissen der Corona-Pandemie orientieren. Der im Pandemiefall zu ersetzende Schadensumfang sollte ebenso das Integritätsinteresse am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb umfassen wie auch weitere potenzielle pandemiebedingte Kosten.

Für FREIE WÄHLER ist klar, dass es einer gesetzlichen Entschädigungsregelung für mit Lock- bzw. Shutdowns verbundenen Schließungen –

sowohl für die jetzige Pandemie als auch für kommende Pandemien bedarf. Denn dieser Lockdown werde in der Regel dieselben Betriebe treffen. In einer solchen Entschädigungsregelung sind nicht nur Schadenersatzfragen in Folge „unmittelbarer“ gesetzlicher Verbote der Länder zu regeln, sondern auch die Folgen, die sich aus „mittelbaren“ Warnungen des Auswärtigen Amtes des Bundes ergeben.

Klar formulieren sie: „Gleiches gilt für mittelbare Folgen staatlichen Handelns, um auch die Folgen bei Reisebüros, Reise- und Busunternehmen sowie der gesamten Veranstaltungsbranche mit Kulturschaffenden auszugleichen. Gerecht wäre dies ab einer gewissen Erheblichkeitsschwelle. Diese ist bei der jetzigen

Pandemie unbestritten überschritten.“

Im Antragstext führen FREIE WÄHLER ferner aus, dass es unabhängig von der juristischen Frage, auch eine politische Frage sei, ob der Bund dies wolle.

Ob die Landesregierung in der Länderkammer eine Initiative zum Entschädigungsgesetz einbringen wird, entscheidet sich in der Sitzung des Landtages am 16. Juli 2021. Dann steht der Antrag der FREIE WÄHLER-Fraktion auf der Tagesordnung. Schon der zweite Antrag in nicht einmal 100 Tagen. FREIE WÄHLER mögen zwar neu im Landtag sein, die parlamentarische Arbeit ist aber aufgenommen.

Redaktion FRAKTION ad hoc: Dennis Bachmann, Ralf Helfenstein und Stephan Wefelscheid [PGF]
V.i.S.d.P. & Gestaltung: Christian Altmaier [FGF]

ANPASSUNG DER DIÄTEN AUF ENDGRUNDGEHALT A16

Abgeordnetenentschädigung: Höhe wird dem tatsächlichen Stand von A16 angepasst

MAINZ ■ Seit einem Landtagsbeschluss aus dem Jahr 2017 sind die Abgeordnetenentschädigungen an der Besoldung von hauptamtlichen Bürgermeistern von Kommunen mit 10.001 bis 15.000 Einwohnern angelehnt – somit am Endgrundgehalt eines Beamten der Besoldungsgruppe A 16 (ohne Familienzuschlag). Derzeit beträgt der Unterschied zwischen dem Endgrundgehalt eines Beamten des Landes der Besoldungsgruppe A 16 in Höhe von rund 7754,- Euro und der Abgeordnetenentschädigung in Höhe von 6993,- Euro aber 761,- Euro. Hintergrund: Der Landtag hat in den vergangenen Jahren Steigerungen bei Beamtinnen und Beam-

ten beschlossen, wodurch die Differenz zur entsprechenden A16-Stufe immer mehr anwuchs.

Dagegen hatten die Abgeordneten für sich selbst aber für das Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie eine Nullrunde vereinbart. Nun soll die Grundentschädigung stufenweise auf die A16 zum Stand 2021 angehoben werden.

Bis zum Jahr 2024 sollen die Diäten der Abgeordneten im rheinland-pfälzischen Landtag von derzeit 6992,57 Euro in 3 Stufen (2022, 2023 und 2024) auf dann brutto im Monat EUR 7753,93 angepasst und damit die 2017 verabschiedete Gleichstellung erreichen, die eigentlich als Orientierung gilt.

Damit wird vollzogen, was das Gesetz vorgibt. Eine Neueingruppierung der Abgeordnetenentschädigungen ist damit also nicht verbunden. Es bleibt bei A16 Endgrundgehalt ohne Familienzuschlag.

ZUM VERGLEICH:

Selbst nach der Anpassung wird Rheinland-Pfalz bei den Abgeordnetenentschädigungen im Vergleich der Bundesländer weiterhin im Mittelfeld liegen. In Bayern (Platz 1) etwa werden 8.519,00 Euro als Höchstbetrag monatlich erstattet, in Hessen (Platz 2) 8.319, Euro, in Baden-Württemberg (Platz 3) 7.972,00 Euro.

■ DER DIREKTE DRAHT ZU DEN LANDTAGSABGEORDNETEN

Joachim Streit

Abgeordnetenhaus: 06131 | 208-3421
BürgerBüro: 06561 | 6998570
heike.simon-becker@joachimstreit.de

Stephan Wefelscheid

Abgeordnetenhaus: 06131 | 208-3040
BürgerBüro: 0261 | 500 40912
info@stephan-wefelscheid.de

Lisa-Marie Jeckel

Abgeordnetenhaus: 06131 | 208-3038
lisa-marie.jeckel@fw.landtag.rlp.de
www.in-zukunft-lisa.de

Helge Schwab

Abgeordnetenhaus: 06131 | 208-3041
Bürgerbüro: 06384 | 998 90 89
wahlkreisbuero@helge-schwab.de

Patrick Kunz

Abgeordnetenhaus: 06131 | 208-3037
BürgerBüro: 06235 | 92 90 847
wahlkreisbuero@patrickkunzmdl.de

Dr. Herbert Drumm

Abgeordnetenhaus: 06131 | 208-3036
info@herbert-drumm.de



www.facebook.com/fraktionfwrlp



instagram: @fw.landtag.rlp